

Zehn Forderungen für eine gerechte, nachhaltige Transformation



Der Klimawandel, die schärfer werdende Klimapolitik, neuer Wettbewerbsdruck, die Digitalisierung, der Fachkräftemangel und der demografische Wandel – unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft stehen vor großen Herausforderungen. Die kommenden Jahre sind entscheidend, die deutsche Industrie muss jetzt große Schritte hin zu nachhaltiger Produktion gehen. Gute Arbeit, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Gerechtigkeit müssen im Zentrum der erfolgreichen Transformation stehen.



1

Mehr Transparenz, Koordination und Planungssicherheit sind notwendig.

Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Wirtschaftssektoren umfasst. Die politische Steuerung und Koordination müssen gestärkt werden. Die Transformation muss vom Ende her gedacht und geplant werden – konkret vom Jahr 2045 aus. Ein zentrales Prinzip der Transformation ist, dass neue Technologien, Prozesse, Unternehmen und Branchen parallel zum Auslaufen bisheriger entwickelt werden müssen. Damit die Transformation transparent und planbar wird, braucht es Koordination auf höchster Ebene sowie Beteiligungsformate und Roadmaps, bei denen alle Akteure, einschließlich Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen aus den betroffenen Branchen, in die Problemlösung miteinbezogen werden.

2 Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wasserstoffwirtschaft ist zentral.

Nur mit bezahlbarem, erneuerbarem Strom gelingt eine klimaneutrale industrielle Wende. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Infrastruktur für Transport, Speicherung und Umwandlung (beispielsweise in Wasserstoff) muss massiv beschleunigt werden. Denn nur durch eine systematische und vollumfängliche Nutzung aller deutschen und europäischen EE-Potenziale kann der industrielle und gesellschaftliche Strom- und H₂-Bedarf gedeckt werden. Die H₂-Strategie der Bundesregierung ist nicht ambitioniert genug. In Zukunft wird es nötig sein, zugleich H₂ zu importieren und die heimische Produktion von H₂ zu fördern, denn diese ist relevant für neue Wertschöpfung und industrielle Beschäftigung am Standort Deutschland.



3

Der gesetzliche Rahmen muss vereinheitlicht und an die Transformation angepasst werden.

Kostengünstiger EE-Strom wird langfristig zu einem der wichtigsten Standortfaktoren. Umlagen und Stromsteuer müssen gesenkt und die EEG-Pionierkosten in den Bundeshaushalt überführt werden. Es braucht einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis oder Kompensationsmodelle für die Transformationskosten der energieintensiven Unternehmen. Zur Vereinheitlichung der Energiesteuern braucht es ein Energiesteuergesetzbuch. Nur so kann die sektorenübergreifende Umstellung auf stromintensive klimaneutrale Verfahren in der Industrie gelingen, was die Produktionsverlagerung, etwa nach China, verhindern kann. Zur Unterstützung von notwendigen Investitionen in den energieintensiven Industrien braucht es darüber hinaus neue Instrumente, zum Beispiel Carbon Contracts for Difference (CCfD) oder Contracts for Difference (CfD), die schnellstmöglich regulatorisch auf europäischer und nationaler Ebene verankert werden. Das reduziert finanzielle Risiken in der Transformation und gewährleistet die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit.

4 Die Verlagerung industrieller Wertschöpfung muss vermieden werden.

Der von der EU-Kommission geplante Carbon Border Adjustment Mechanism (Grenzausgleichsmechanismus, CBAM) ist kein Patentrezept, um Carbon Leakage (CL) vorzubeugen. Besonders für exportierende Unternehmen ist es zentral, dass hohe EE- und Wasserstoffpreise auf ein internationales Wettbewerbsniveau gesenkt werden. Denn die Kombination aus nationalem Emissionshandelssystem (nEHS) und CBAM erschwert die Wettbewerbssituation vieler deutscher Unternehmen in Europa. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind davon besonders stark betroffen. Geschlossene Wertschöpfungsketten und hohe Fertigungstiefen können in Deutschland nur mit einem differenzierten CL-Schutz beibehalten werden und mit einem Förderregime, das die Pionierkosten der Unternehmen stärker kompensiert.



5

Regionale Entwicklungschancen müssen in der Transformation gestärkt werden.

Viele Industrien und Branchen sind regional stark verankert. Um disruptive Strukturbrüche zu vermeiden, braucht die staatliche Industriepolitik einen regionalen Fokus. Für Regionen, die besonders stark und negativ von der Transformation betroffen sind, müssen flankierende Maßnahmen und Konzepte für neue industrielle Wertschöpfung entwickelt werden. Beispielsweise könnte es sinnvoll sein, die Kohlereviere zu „Wasserstoff-Valleys“ weiterzuentwickeln und gleichzeitig eine Transportinfrastruktur in die Industrieregionen zu schaffen, die Wasserstoff benötigen. Auch in anderen europäischen Ländern soll der Aufbau neuer Wertschöpfung in besonders negativ betroffenen Regionen Priorität sein. So kann vermieden werden, dass die Transformation zur sozialen und regionalen Spaltung beiträgt.

6 Gerade KMU müssen in der Transformation besonders unterstützt werden.

Die großen Branchen und Unternehmen sind oft technologietreibend. KMU sind zwar häufig hoch spezialisiert, haben aber weniger Ressourcen, um an neuen Technologien zu forschen oder ihre Produktion frühzeitig umzustellen. Damit sie sich resilienter aufstellen können, müssen sie besser begleitet und unterstützt werden. Auch müssen bestehende regionale Disparitäten aufgelöst und bundesweit gleichwertige transformationsbefähigende Kompetenzen vermittelt werden. Roadmaps könnten gerade in kleineren, von KMU geprägten Branchen helfen, technologische Pfade und zukünftige Branchenstandards transparenter für Investitionsentscheidungen zu vermitteln. Es braucht auf KMU ausgerichtete regionale Kompetenzzentren, die sie beraten und dabei unterstützen, neue Technologien zu implementieren.



7 Berufliche Aus- und Weiterbildungssysteme müssen für die Transformation gestärkt werden.

Nur mit einer vorausschauenden Weiterbildungsoffensive kann der strukturelle Wandel beschäftigungspolitisch bewältigt werden. Ein Kompetenzpakt mit regionalem Fokus kann die Aus- und Weiterbildungssysteme in Transformationsregionen stärken. Dazu gehört auch die Beratung von Arbeitnehmervertretungen in Betrieben, gerade in KMU. Ähnlich wie die Qualifizierungsoffensive in der Chemiebranche sollten die Sozialpartner Antizipierungsinstrumente erstellen, um so Veränderungen bei Tätigkeiten sowie Fachkräfte- und Kompetenzbedarfe zu ermitteln und frühzeitig Aus- und Weiterbildung anzupassen. Auch Ausbildungsverbünde zwischen Unternehmen bieten sich hier an.

8

Die Mitbestimmung muss für die Transformation genutzt und modernisiert werden.

Die Regelungen zu Mitbestimmung und Betriebsverfassung reichen vielerorts heute nicht mehr aus, um die bevorstehende Transformation erfolgreich und sozial verträglich zu gestalten, nicht zuletzt deshalb, da sich einige Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung entziehen. Es ist an der Zeit, den Instrumentenkasten der sozialen Marktwirtschaft in der Betriebsverfassung und im Mitbestimmungsgesetz neu zu bestücken. Die Mechanismen der Montan-Mitbestimmung (hier vermittelt im Aufsichtsrat in Konfliktfällen ein neutrales Mitglied zwischen Kapital- und Arbeitnehmerseite) müssen auf die gesamte Mitbestimmung ausgeweitet werden. Die Herausforderungen der Transformation für die Beschäftigten sollen stärker in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen berücksichtigt werden. Zukunftsweisende Tarifverträge können für Teilhabe und Sicherheit einerseits und gleiche Wettbewerbsbedingungen andererseits in transformativen Zeiten sorgen.

9

Die Transformation muss sozial- und generationengerecht finanziert werden. Die Kosten müssen sozial austariert sein.

Sowohl Unternehmen als auch der Staat stehen vor großen Investitionsbedarfen im Zuge der Transformation. Etwa durch einen Transformationsfonds oder ein Klimainvestitionsbudget, parallel zum ordinären Haushalt, kann der Staat klimagerechte Investitionen anschieben, selbst wenn diese sich betriebswirtschaftlich noch nicht rechnen. Weiter gilt es, die soziale Gerechtigkeit in der sich schnell verändernden Gesellschaft zu gewährleisten. Neben einer aktiven Industrie- und Arbeitspolitik, die die Transformation flankiert, müssen bei steigenden Transformationskosten, etwa CO₂-Preisen, soziale Kompensationsmodelle entwickelt werden. Der Grundgedanke: Die Kosten der Transformation müssen progressiv in der Bevölkerung verteilt werden, insbesondere steigende Energie-, Strom- und Wärmekosten müssen sozial austariert werden, die Mieter/Vermieter-Struktur muss angepasst werden.

10 Transformation muss europäisch gedacht und umgesetzt werden.

Für eine erfolgreiche Transformation sind mehr gesamteuropäische Initiativen notwendig, einschließlich einer stärkeren FuE-Förderung, auch rund um experimentelle Sprunginnovationen. Es braucht einen starken Carbon-Leakage-Schutz sowie gemeinsame Initiativen zum Aufbau standardisierter europäischer H₂- und EE-Infrastruktur und Ladesäulennetzwerke. Die nationalen Transformationspläne müssen besser verzahnt werden, etwa im Rahmen einer Energieunion Europa, in der auch über komparative Vorteile in der Union nachgedacht wird. Das europäische Beihilfe- und Wettbewerbsrecht muss so angepasst werden, dass mehr und längerfristige Förderungen neuer Technologien möglich werden. Europäische Wertschöpfungsketten müssen unterstützt werden, die Resilienz zu stärken. Nur durch die erfolgreiche Umstellung auf neue, nachhaltige Wertschöpfung in ganz Europa wird die sozial-ökologische Transformation langfristig politische Unterstützung genießen können.

Stiftung Arbeit und Umwelt
der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Inselstraße 6
10179 Berlin
Telefon +49 30 2787 1325

Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon +49 511 7631 472

E-Mail: arbeit-umwelt@igbce.de
Internet: www.arbeit-umwelt.de

